

Deutschland-Ingolstadt: Öffentlicher Verkehr (Straße)

OJ S 77/2023 19/04/2023

Auftragsbekanntmachung – Sektoren
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/25/EU

Abschnitt I: Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Stadtbus Ingolstadt GmbH

Postanschrift: Hindenburgstraße 1

Ort: Ingolstadt

NUTS-Code: DE211 Ingolstadt, Kreisfreie Stadt

Postleitzahl: 85057

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Berliner Allee 26, 30175 Hannover

E-Mail: vergabe.hannover@luther-lawfirm.com

Telefon: +49 511545817645

Fax: +49 5115458110

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://www.ingolstadt.de/Stadtbus-Ingolstadt>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/dd2b50c1-e2fc-4bc3-ae26-672dbe849b48

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/dd2b50c1-e2fc-4bc3-ae26-672dbe849b48

I.6. Haupttätigkeit(en)

Freizeit, Kultur und Religion

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Erbringung von Verkehrsleistungen im straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr im Stadtgebiet Ingolstadt

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

60112000 Öffentlicher Verkehr (Straße)

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Gegenstand des Verfahrens ist die losweise Vergabe von Verkehrsleistungen im straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr im Stadtgebiet Ingolstadt inkl. abgehenden Linienabschnitten vom 12.09.2023 bis 02.12.2029.

Ort der Leistungserbringung ist aktuell das Stadtgebiet Ingolstadt. Der Auftraggeber weist jedoch darauf hin, dass es im Falle von Dienständerungen zukünftig auch zu vereinzelt Änderungen der Fahrstrecken kommen kann. Der Vergabegegenstand ist in zwei Lose (Los 7 und Los 8) aufgeteilt. Die Leistungsbeschreibung zu den vorgenannten Losen, inklusive der Fahrstrecken des jeweiligen Loses 7 und 8 ergeben sich aus den Vergabeunterlagen. Hinweis: Die Losbezeichnung mit den Nummern 7 und 8 ist intern begründet. Die Lose 1 bis 6 wurden bereits in früheren Verfahren vergeben und sind nicht Gegenstand dieses Vergabeverfahrens.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: ja
Angebote sind möglich für alle Lose

II.2. Beschreibung

II.2.1. Bezeichnung des Auftrags

Teillos 7
Los-Nr.: 1

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

60112000 Öffentlicher Verkehr (Straße)

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE211 Ingolstadt, Kreisfreie Stadt
Hauptort der Ausführung: Stadtgebiet Ingolstadt. . Der Auftraggeber weist jedoch darauf hin, dass es im Falle von Dienständerungen zukünftig auch zu vereinzelt Änderungen der Fahrstrecken kommen kann.

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Gegenstand des Verfahrens ist die losweise Vergabe von Verkehrsleistungen im straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr im Stadtgebiet Ingolstadt inkl. abgehenden Linienabschnitten. Für die ausgeschriebenen Linienvkehr nach § 42 PBefG ist die Stadtbuss Ingolstadt GmbH Genehmigungsinhaber nach PBefG.

Ort der Leistungserbringung ist aktuell das Stadtgebiet Ingolstadt. Der Auftraggeber weist jedoch darauf hin, dass es im Falle von Dienständerungen zukünftig auch zu vereinzelt Änderungen der Fahrstrecken kommen kann.

Der Vergabegegenstand ist in zwei Lose (Los 7 und Los 8) aufgeteilt. Die Leistungsbeschreibung zu den vorgenannten Losen, inklusive der Fahrstrecken (umfassten Linienvkehr) des jeweiligen Loses 7 und 8 ergeben sich aus den Vergabeunterlagen dort insbesondere aus den Dokumenten 801 sowie 807-813.

Die ausgeschriebenen Leistungen sind für beide Lose jeweils im Zeitraum vom 12.09.2023 bis 02.12.2029 zu erbringen.

Hinweis: Die Losbezeichnung mit den Nummern 7 und 8 ist intern begründet. Die Lose 1 bis 6 wurden bereits in früheren Verfahren vergeben und sind nicht Gegenstand dieses Vergabeverfahrens.

Die angebotene Verkehrsleistung muss in beiden Losen jeweils unter Einhaltung sämtlicher gesetzlichen Rahmenbedingungen und unter Erfüllung sämtlicher betrieblicher Vorgaben des

Auftraggebers erbracht werden. Die gesetzlichen Vorgaben sind einzuhalten. Darüber hinaus sind folgende betriebliche Vorgaben zu beachten:

- die besonderen Beförderungsbedingungen für das Tarifgebiet des ZV VGI
- die Tarifbestimmungen des Zweckverbandes Verkehrsgemeinschaft Region Ingolstadt (VGI-Tarif)
- die jeweils betrieblich relevanten dienstlichen Anweisungen für den Fahrdienst der Stadtbuss Ingolstadt GmbH (Fahrerpersonalinformationen SBI)
- die operativen Anweisungen der integrierten ÖPNV-Leitstelle für die Region 10

Je zu vergebendem Los ist ein unterschiedlicher Fahrzeugeinsatz notwendig. Welche Fahrzeugkategorie auf welchem Fahrzeugumlauf zum Einsatz zu bringen ist, ergibt sich aus den Vergabeunterlagen. Die darin vorgegebenen Fahrzeugkategorien sind verbindlich. Der Einsatz der jeweils nächstgrößeren Fahrzeugkategorie ist zulässig (ein SL darf durch einen GL ersetzt werden). Die umgekehrte Vorgehensweise ist nicht gestattet, das heißt, ein GL darf nur durch einen anderen GL ersetzt werden.

Für die grundsätzliche Beschaffenheit der einzusetzenden Fahrzeuge ist die technische Leistungsbeschreibung für die einzusetzenden Fahrzeuge (Dokument 802) relevant. Zwingend gefordert ist jedoch pro Los der Einsatz eines Busses mit Elektroantrieb (E-Bus) auf mindestens einem Umlauf, spätestens ab dem 1. Januar 2025.

Grundsätzlich ist der Einsatz von Neu- und Gebrauchtfahrzeugen zulässig. In diesem Zusammenhang wird jedoch ausdrücklich auf das Formblatt Zuschlagskriterien (Dokument 227) verwiesen.

Die detaillierten Anforderungen an die Leistungsbeschreibung pro Los ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 12/09/2023 Ende: 02/12/2029

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Leistungszeitraum: 12.09.2023 bis 02.12.2029 (Grundlaufzeit). Der Auftraggeber hat die Möglichkeit, den Vertrag vor Ablauf der Grundlaufzeit einmalig um weitere 24 Monate zu verlängern (Verlängerungsoption). Möchte der Auftraggeber von der Verlängerungsoption Gebrauch machen, hat er dies gegenüber dem Auftragnehmer spätestens bis zum 30.06.2029 schriftlich oder in Textform mitzuteilen.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Siehe oben zur Verlängerungsoption unter II.2.9):

Leistungsbeginn ist der 12.09.2023. Die Vertragslaufzeit endet grundsätzlich zum 02.12.2029 (Grundlaufzeit).

Der Auftraggeber hat jedoch die Möglichkeit, den Vertrag vor Ablauf der Grundlaufzeit einmalig um weitere 24 Monate zu verlängern (Verlängerungsoption). Möchte der

Auftraggeber von der Verlängerungsoption Gebrauch machen, hat er dies gegenüber dem Auftragnehmer spätestens bis zum 30.06.2029 schriftlich oder in Textform mitzuteilen. Macht der Auftraggeber von der Verlängerungsoption Gebrauch, endet der Vertrag spätestens mit Ablauf der 24-monatigen Optionslaufzeit zum 02.12.2031.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Die Vergabe von Unterauftragnehmern wird nach Art. 4 Abs. 7 der VO (EG) Nr. 1370/2007 für das Los 7 nicht zugelassen.

II.2. Beschreibung

II.2.1. Bezeichnung des Auftrags

Teillos 8

Los-Nr.: 2

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

60112000 Öffentlicher Verkehr (Straße)

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE211 Ingolstadt, Kreisfreie Stadt

Hauptort der Ausführung: Stadtgebiet Ingolstadt. . Der Auftraggeber weist jedoch darauf hin, dass es im Falle von Dienständerungen zukünftig auch zu vereinzelten Änderungen der Fahrtstrecken kommen kann.

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Gegenstand des Verfahrens ist die losweise Vergabe von Verkehrsleistungen im straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr im Stadtgebiet Ingolstadt inkl. abgehenden Linienabschnitten. Für die ausgeschriebenen Linienverkehre nach § 42 PBefG ist die Stadtbuss Ingolstadt GmbH Genehmigungsinhaber nach PBefG.

Ort der Leistungserbringung ist aktuell das Stadtgebiet Ingolstadt. Der Auftraggeber weist jedoch darauf hin, dass es im Falle von Dienständerungen zukünftig auch zu vereinzelten Änderungen der Fahrtstrecken kommen kann.

Der Vergabegegenstand ist in zwei Lose (Los 7 und Los 8) aufgeteilt. Die Leistungsbeschreibung zu den vorgenannten Losen, inklusive der Fahrtstrecken (umfassten Linienverkehre) des jeweiligen Loses 7 und 8 ergeben sich aus den Vergabeunterlagen dort insbesondere aus den Dokumenten 801 sowie 807-813.

Die ausgeschriebenen Leistungen sind für beide Lose jeweils im Zeitraum vom 12.09.2023 bis 02.12.2029 zu erbringen.

Hinweis: Die Losbezeichnung mit den Nummern 7 und 8 ist intern begründet. Die Lose 1 bis 6 wurden bereits in früheren Verfahren vergeben und sind nicht Gegenstand dieses Vergabeverfahrens.

Die angebotene Verkehrsleistung muss in beiden Losen jeweils unter Einhaltung sämtlicher gesetzlichen Rahmenbedingungen und unter Erfüllung sämtlicher betrieblicher Vorgaben des Auftraggebers erbracht werden. Die gesetzlichen Vorgaben sind einzuhalten. Darüber hinaus sind folgende betriebliche Vorgaben zu beachten:

- die besonderen Beförderungsbedingungen für das Tarifgebiet des ZV VGI
- die Tarifbestimmungen des Zweckverbandes Verkehrsgemeinschaft Region Ingolstadt (VGI-Tarif)

- die jeweils betrieblich relevanten dienstlichen Anweisungen für den Fahrdienst der Stadtbuss Ingolstadt GmbH (Fahrerpersonalinformationen SBI)

- die operativen Anweisungen der integrierten ÖPNV-Leitstelle für die Region 10

Je zu vergebendem Los ist ein unterschiedlicher Fahrzeugeinsatz notwendig. Welche Fahrzeugkategorie auf welchem Fahrzeugumlauf zum Einsatz zu bringen ist, ergibt sich aus den Vergabeunterlagen. Die darin vorgegebenen Fahrzeugkategorien sind verbindlich. Der Einsatz der jeweils nächstgrößeren Fahrzeugkategorie ist zulässig (ein SL darf durch einen GL ersetzt werden). Die umgekehrte Vorgehensweise ist nicht gestattet, das heißt, ein GL darf nur durch einen anderen GL ersetzt werden.

Für die grundsätzliche Beschaffenheit der einzusetzenden Fahrzeuge ist die technische Leistungsbeschreibung für die einzusetzenden Fahrzeuge (Dokument 802) relevant. Zwingend gefordert ist jedoch pro Los der Einsatz eines Busses mit Elektroantrieb (E-Bus) auf mindestens einem Umlauf, spätestens ab dem 1. Januar 2025.

Grundsätzlich ist der Einsatz von Neu- und Gebrauchtfahrzeugen zulässig. In diesem Zusammenhang wird jedoch ausdrücklich auf das Formblatt Zuschlagskriterien (Dokument 227) verwiesen.

Die detaillierten Anforderungen an die Leistungsbeschreibung pro Los ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 12/09/2023 Ende: 02/12/2029

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Leistungszeitraum: 12.09.2023 bis 02.12.2029 (Grundlaufzeit). Der Auftraggeber hat die Möglichkeit, den Vertrag vor Ablauf der Grundlaufzeit einmalig um weitere 24 Monate zu verlängern (Verlängerungsoption). Möchte der Auftraggeber von der Verlängerungsoption Gebrauch machen, hat er dies gegenüber dem Auftragnehmer spätestens bis zum 30.06.2029 schriftlich oder in Textform mitzuteilen.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Siehe oben zur Verlängerungsoption unter II.2.9):

Leistungsbeginn ist der 12.09.2023. Die Vertragslaufzeit endet grundsätzlich zum 02.12.2029 (Grundlaufzeit).

Der Auftraggeber hat jedoch die Möglichkeit, den Vertrag vor Ablauf der Grundlaufzeit einmalig um weitere 24 Monate zu verlängern (Verlängerungsoption). Möchte der Auftraggeber von der Verlängerungsoption Gebrauch machen, hat er dies gegenüber dem Auftragnehmer spätestens bis zum 30.06.2029 schriftlich oder in Textform mitzuteilen. Macht der Auftraggeber von der Verlängerungsoption Gebrauch, endet der Vertrag spätestens mit Ablauf der 24-monatigen Optionslaufzeit zum 02.12.2031.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Die Vergabe von Unterauftragnehmern wird nach Art. 4 Abs. 7 der VO (EG) Nr. 1370/2007 für das Los 8 nicht zugelassen.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Mit dem Angebot ist die Eignung des Bieters gemäß den Vorgaben in Ziffer III.1.1) bis III.1.3) der EU-weiten Vergabebekanntmachung nachzuweisen. Die geforderten Erklärungen und Nachweise sind mit dem Angebot vom Bieter einzureichen.

Die Eignung ist für jeden Bieter (bei Bietergemeinschaften für jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft) gesondert nachzuweisen.

Zum Nachweis der Befähigung zur Berufsausübung und zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sind mit dem Angebot folgende Unterlagen einzureichen:

- (1) Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 und 124 GWB (vgl. Dokument 124 der Vergabeunterlagen);
- (2) Eigenerklärung Verpflichtung Mindestentgelt (vgl. Dokument 128 der Vergabeunterlagen);
- (3) Eigenerklärung über die Einhaltung der EU-Russland-Sanktionen (vgl. Dokument 127 der Vergabeunterlagen);
- (4) Erklärung zur Eintragung des Unternehmens im Berufs- oder Handelsregister (vgl. Dokument 124a der Vergabeunterlagen) sowie Beifügen einer Kopie eines aktuellen Registerauszugs (nicht älter als 6 Monate);
- (5) Erklärung zur Mitgliedschaft in der Berufsgenossenschaft (vgl. Dokument 124a der Vergabeunterlagen);
- (6) Vorliegen der erforderlichen Bescheinigungen nach der PBZugV und Genehmigung nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG): Nachweis durch Einreichen einer Kopie der entsprechenden Bescheinigungen; .

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- 1) Jahresumsatz (vgl. Dokument 124a der Vergabeunterlagen):

Eigenerklärung über den

- Gesamtjahresumsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (2020, 2021 und 2022)
- einschließlich des Jahresumsatzes des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (2020, 2021 und 2022) im Tätigkeitsbereich des Auftrags, d.h. im Bereich "Erbringung von Verkehrsleistungen im Linienverkehr i.S.d. § 42 PBefG" .

- 2) Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung (vgl. Dokument 124a der Vergabeunterlagen):
- Aktueller Nachweis über das Bestehen einer branchenüblichen

Betriebshaftpflichtversicherung mit einer marktüblichen Deckung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden zur Abdeckung sämtlicher Schäden, die unter diesem Auftrag entstehen können. Die nachfolgend genannten Mindestdeckungssummen müssen erfüllt sein.

- Der Bieter hat hierzu mit dem Angebot eine Kopie der Versicherungspolice oder eine Bestätigung des Versicherers einzureichen.
- Alternativ ist mit dem Angebot eine rechtverbindliche Erklärung des Bieters abzugeben, eine entsprechende Versicherung im Falle der Auftragserteilung umgehend abschließen zu werden, nebst der Erklärung/Bestätigung eines Versicherers, im Auftragsfalle einen entsprechenden Versicherungsvertrag mit dem Auftragnehmer zu schließen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

zu 1) Im Hinblick auf die durchschnittlichen (d.h. im Durchschnitt der vergangenen drei Geschäftsjahre 2020-2022) erzielten tätigkeitsbezogenen Jahresumsätze des Unternehmens sind losspezifisch bestimmte Mindestanforderungen zu erfüllen. Der Bieter muss im Hinblick auf das jeweilige Los, auf das er ein Angebot abgibt, jeweils folgende Mindestumsätze nachweisen:

Einen durchschnittlichen tätigkeitsbezogenen Jahresumsatz (aus den letzten drei Geschäftsjahren 2020, 2021 und 2022) mit vergleichbaren Leistungen (Verkehrsleistungen im Linienverkehr i.S.d. § 42 PBefG) von:

- Los 7: mindestens 1,5 Mio. EUR
- Los 8: mindestens 1,5 Mio. EUR.

zu 2) Gefordert wird eine Berufshaftpflichtversicherung mit folgender Mindestdeckung (jeweils 1-fach maximiert je Versicherungsjahr):

- für Personenschäden: mindestens 2,5 Mio. EUR,
- für Sach- und Vermögensschäden sowie Umweltschäden: mindestens 1 Mio. EUR,
- für Bearbeitungsschäden: mindestens 1 Mio. EUR und
- für Schlüssel- und Transponderverlust: mindestens 150.000,00 EUR.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Eigenerklärung zu geeigneten Referenzen (vgl. Dokument 124a der Vergabeunterlagen):

Es müssen mindestens zwei Unternehmensreferenzen über bereits ausgeführte vergleichbare Leistungen mit dem Angebot vorgelegt werden:

- Die Referenten müssen dabei jeweils die Ausführung vergleichbarer Leistungen betreffen, d. h. hier die Erbringung von Verkehrsleistungen im Linienverkehr i.S.d. § 42 PBefG mit einer Jahreskilometerleistung von mindestens 150.000 km/Jahr.

Die vorgelegten Referenzen dürfen dabei nicht älter als drei (3) Jahre sein, d.h. die wesentliche Ausführung der Referenzleistungen muss durch den Bieter während der letzten drei (3) Jahre (gerechnet ab dem Zeitpunkt der Auftragsbekanntmachung) erbracht worden sein, wobei der Projektbeginn auch länger zurück liegen kann.

Zur Beurteilung der Vergleichbarkeit der Referenzen hat der Bieter pro Referenz jeweils folgende Angaben vorzunehmen:

- Angabe des Auftraggebers (inkl. Name und Kontaktdaten des Ansprechpartners beim Auftraggeber,
- Angaben zum Auftragsumfang (Auftragswert),
- Angabe zum Erbringungszeitraum (Leistungsbeginn und -ende)
- Angaben zu den im wesentlichen erbrachten Liefer- und Dienstleistungen, inkl. Angabe, ob diese als Hauptauftragnehmer oder Unterauftragnehmer erbracht wurden.

Hinweis: Für die Darstellung der einzelnen Referenzen ist jeweils das Formblatt „Anhang zu Anlage 124a“ zu verwenden. Es können auch mehr als zwei Referenzen genannt werden.

Der Auftraggeber behält sich vor, die Angaben des Bieters durch Nachfrage beim früheren Auftraggeber zu überprüfen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu Referenzen: Es müssen mindestens zwei Unternehmensreferenzen über bereits ausgeführte vergleichbare Leistungen (d.h. hier die Erbringung von Verkehrsleistungen im Linienverkehr i.S.d. § 42 PBefG mit einer Jahreskilometerleistung von mindestens 150.000 km /Jahr) aus den letzten drei Jahren mit dem Angebot vorgelegt werden. Die Referenzdarstellungen müssen die vorgenannten Angaben enthalten und in dem vorgegebenen Zeitraum erbracht worden sein.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

1. Im Fall der Auftragsvergabe an eine Bietergemeinschaft haften alle Mitglieder der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 31/05/2023 Ortszeit: 14:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 01/09/2023

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 31/05/2023 Ortszeit: 14:00

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

1) Alle geforderten Nachweise können in Form von Eigenerklärungen erfolgen, soweit sich aus der Ausschreibung nicht etwas anderes ergibt. Alle vom Auftraggeber für das Vergabeverfahren unter dem unter Ziff. I.3) genannten Link bereitgestellten Formblätter sind

zwingend zu verwenden. Genannte Mindestanforderungen sind zu erfüllen. Ein Nichterfüllen von Mindestanforderungen führt zum Ausschluss des Angebots.

2) Fragen zum Vergabeverfahren sind unverzüglich und spätestens 10 Tage vor Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabepattform zu stellen.

3) Alle weiteren Informationen zu diesem Vergabeverfahren wie Änderungen der Leistungsbeschreibung, Beantwortung von Bieterfragen oder sonstige verfahrensrelevante Informationen werden ebenfalls unter dem Link bereitgestellt. Bis zum Ablauf der Angebotsfrist ist der Bieter verpflichtet, regelmäßig und selbstständig auf zur Verfügung gestellte, geänderte oder zusätzliche Dokumente zu achten.

4) Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen und elektronisch bis spätestens zum Ende der Angebotsfrist vorzulegen. Angebote sind in elektronischer Form einzureichen. Die Übermittlung der Angebote ist ausschließlich über das Portal der Deutschen eVergabe unter dem in Ziff. I.3) angegebenen Link möglich.

5) Eine Einreichung der Angebote per E-Mail, Telefax oder in schriftlicher Form ist nicht zulässig.

6) Der Auftraggeber erstattet keine Kosten, die für die Abgabe des Angebots und die Teilnahme am Vergabeverfahren entstehen.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Südbayern bei der Regierung von Oberbayern

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Ort: München

Postleitzahl: 80538

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 8921762411

Fax: +49 8921762847

VI.4.2. Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Nicht vorgesehen

Ort: Nicht vorgesehen

Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Vorschriften über die Einlegung von Rechtsbehelfen finden sich in den §§ 155 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Auf die Zulässigkeitsvoraussetzungen eines Nachprüfungsantrags zur Vergabekammer wird hingewiesen, insbesondere auf die Vorschrift des § 160 GWB, die folgenden Wortlaut hat:

"§ 160 GWB - Einleitung, Antrag

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 [GWB] durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht

innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 [GWB] bleibt unberührt;

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 [GWB]. § 134 Absatz 1 Satz 2 [GWB] bleibt unberührt."

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

14/04/2023